

# „Das verhindert es nicht“

**ENERGIEKRISE** Der FDP-Abgeordnete Ingo Bodtke über Grenzen staatlicher Hilfe, fehlende Unterstützung für die Wirtschaft und falsche Denkverbote.

BERLIN/EISLEBEN/HETTSTEDT/MZ

„Wichtig“ solle es werden, hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) das dritte Entlastungspaket des Bundes in der Energiekrise angekündigt. Seit Sonntag sind dessen Eckpunkte bekannt. Einmalzahlungen für Rentner und Studenten, Strompreisbremse, Chancen auf ein 49-bis -69-Euro-Ticket. Was das Paket leisten kann und was nicht, darüber sprach Robert Briest mit dem auch für Mansfeld-Südharz zuständigen FDP-Bundestagsabgeordneten Ingo Bodtke.

**Bleistift, Standuhr, Elefant – wie wichtig ist denn das Entlastungspaket III?**

**Ingo Bodtke:** Wir reden über das bisher größte Entlastungspaket mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro. Trotz dieser Summe würden wir gern noch mehr ausgehen. Aber wir können langfristig nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. In dem Rahmen war es das Mögliche und gerade im Privatbereich ist es gelungen. Für Unternehmen tun wir jedoch zu wenig.

**Inwiefern?**

Wir haben Rentner, Studenten, Familien berücksichtigt, aber die Unternehmer, die die Arbeitsplätze schaffen, nicht. Ich war kürzlich im Schuhwerk in Eisleben. Die hatten bisher 19.000 Euro für Energiekosten im Jahr. Jetzt haben sie ein Angebot für 290.000 Euro bekommen. Für den Mittelstand fehlt Hilfe im dritten Entlastungspaket. Wenn da nicht nachgefeilt wird, werden viele Angestellten ihre Jobs verlieren.

**Wie soll Hilfe für Unternehmen aus Ihrer Sicht erfolgen?**

Im Detail müssen das die Haushälter beantworten. Wir müssen die Energiekosten für sie deckeln, sonst verlieren wir Arbeitsplätze. Unternehmen können vielleicht das Doppelte für Energie verkraften, aber nicht das 15-fache. Das Beispiel war eine Schuhfabrik. Da kann man überlegen, was das für Chemiefabriken bedeutet. Aktuell steht das Düngemittelwerk in Piesteritz still. Das hat wahnsinnige Auswirkungen auf die Landwirtschaft, auf den Transport, weil dann auch AdElue fehlt.

**Ist es Staatsaufgabe, dafür zu sorgen, dass solche kritischen Produktionen weiterlaufen?**

Ja. Wenn wir Unternehmen nicht helfen, sägen wir den Ast ab, der uns ernährt. Wenn Piesteritz keinen Dünger produziert, wächst auf den Feldern weniger und am Ende steht weniger im Laden.



Ingo Bodtke fordert eine Laufzeitverlängerung für AKW.

FOTO: LUKASCHKE

„Wir müssen die Energiekosten für Unternehmen deckeln, sonst verlieren wir Arbeitsplätze.“

**Sie sind also für einen Gaspreisdeckel?**

Ja, weil es nicht anders geht. Und wir reden ja nicht nur vom Gas. Auch der Strompreis ist an der Börse von 3,8 Cent je Kilowattstunde auf über 100 geklettert. Wir können dem Markt derzeit nicht mehr die Energiekosten überlassen, sonst brauchen wir 65 Billionen statt Milliarden als Hilfspaket. Der Markt kann nicht die heilige Kuh sein, denn wir sind nicht in einer normalen Situation.

**Der Chef der Bundesnetzagentur warnt 2023 vor einer Verdreifachung der Gaspreise. Es häufen sich auch hier in der**

**Region schon Berichte, dass Anbieter Abschlüsse für Private teils verfünffachen. Inwiefern verhindert das Entlastungspaket, dass Ende 2023 viele Haushalte mit geringen Einkommen, gerade Senioren, wegen der Energiekosten tief in den Schulden stecken?**

Das verhindert es nicht. Wir haben das bisher größte Entlastungspaket und trotzdem reicht es nicht. Aber wir können kein neues Geld drucken, denn eine Hyperinflation wie in den 1920er Jahren kann keiner wollen.

**Mangelt es in Deutschland tatsächlich an Geld, um das zu lösen, oder an Umverteilung?**

In der Größenordnung, wie wir sie jetzt haben: an Mitteln. Neben wir Ihr Beispiel der Verfünffachung der Gasabschlüsse. Um das Problem zu lösen, bräuchten wir statt einmal 300 Euro monatlich 800 Euro, wenn die Betroffenen bisher 200 Euro gezahlt haben. Da wären wir schnell bei Billionen.

**Die globale Finanzkrise 2008 hatte ihren Ursprung in der hohen Privatverschuldung in den USA. Menschen konnten**

**ihre Hauskredite nicht mehr zahlen. Wie wollen Sie verhindern, dass aus der aktuellen Energiekrise hierzulande eine Finanz- und Wirtschaftskrise erwächst?**

Wir müssen alles tun, um für eine bezahlbare Energieversorgung zu sorgen. Aber zu sagen, dann macht doch Nord Stream 2 auf, ist ein Trugschluss. Die einfache Lösung funktioniert nicht. Denn wenn Russland jetzt kein Gas über Nord Stream 1 liefert, wird es das auch nicht über Nord Stream 2 machen. Gleichwohl müssen wir Denkverbote aufheben. Der Strompreis stieg zuletzt stark, als Wirtschaftsminister Habeck erklärt hatte, dass es keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gibt. Aber um die kommen wir derzeit nicht herum. Wir importieren Fracking-Gas aus den USA, sagen aber nicht, dass wir das hier günstiger produzieren könnten. Wir stehen uns selbst im Weg.

**Das Paket muss jetzt in den Bundestag. Stimmen da alle drei Regierungsfraktionen zu?** Im Großen und Ganzen gibt es eine Einigung. Wenn das Paket diese Woche nicht als Gesetz verabschiedet wird, dann spätestens in der nächsten Sitzungswoche, also übernächste Woche.

**Und wann reden wir dann über das Entlastungspaket IV oder rechnen sie damit, dass III für den Winter reicht?**

Ich habe keine Kristallkugel. Der Finanzminister hat gesagt, dass das jetzt das Maximalmögliche war. Dennoch fehlt eben die Hilfe für den Mittelstand. Es kann sein, dass da noch nachgebessert wird. Aber wir wollen ja im nächsten Jahr die Staatsverschuldung nicht noch weiter erhöhen.

**Die Schuldenbremse sollte also trotz der aktuellen Situation aus Ihrer Sicht wieder greifen?**

Jeder Vernünftige denkt auch zu Hause: Ich kann nur so viel ausgeben, wie ich einnehme. So müssen wir das auch als Staat angehen. Die ohnehin hohe Staatsverschuldung weiter zu erhöhen, kann nur das letzte Mittel sein. Vorher sollten wir alle anderen Wege gehen.

**Gehört zu „alle“ auch die Einführung einer Vermögenssteuer?**

Die sehe ich nicht. Es besteht da die Gefahr, dass wir am Ende sogar weniger einnehmen. Denn diejenigen, die Vermögenssteuer zahlen müssten, können ihre Vermögen so organisieren, dass sie nicht in Deutschland steuerpflichtig sind.